



Haushalts- und Finanzausschuss

38. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

21. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Thilo Rörtgen, Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
---	----------

Zur heutigen Tagesordnung	9
----------------------------------	----------

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes	10
--	-----------

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3968

Ausschussprotokoll 16/364 – öffentliche Anhörung

Abschließende Beratung und Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik

¹ vertraulicher Teil mit TOP 15 siehe vAPr 16/17

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (*siehe Beschlussempfehlung Drucksache 16/4358, Seite 8 f.*) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Sodann **empfiehlt** der Haushalts- und Finanzausschuss dem federführenden Ausschuss ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, den so geänderten **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/3968 anzunehmen**.

2 Ruinösen Steuerwettbewerb unterbinden: Steuerprivilegierung von Erträgen aus Lizenzen und Patenten („Lizenz-Box“) in der Europäischen Union verbieten!

22

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4017

Abschließende Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von Piraten und FDP bei Stimmenthaltung der CDU wird der **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4017** vom Ausschuss **abgelehnt**.

Mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von FDP und Piraten wird der **Entschließungsantrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/4465 angenommen**.

3 Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze

33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3334

Ausschussprotokoll 16/375 – öffentliche Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung der Piraten, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/3334 anzunehmen.**

4 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes und des Landesumzugskostenengesetzes 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3965

Abschließende Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung von CDU und FDP wird der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (*siehe Beschlussempfehlung Drucksache 16/4452, Seite 7 f.*) **angenommen.**

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung von CDU und FDP, dem so geänderten **Gesetzentwurf Drucksache 16/3965 zuzustimmen.**

5 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4103

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4103 anzunehmen.**

6 Gesetz zur Neuordnung im Bereich der Schul- und Studienfonds 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3969

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Gesetzentwurf am **16. Dezember, 12:00 Uhr**, eine **öffentliche Anhörung** durchzuführen und dafür die **Anzahl der Sachverständigen auf fünf zu begrenzen**. Anschließend sollen die Auswertung und die abschließende Beratung erfolgen, wobei die Abstimmung nach Fraktionsstärke erfolgt.

10 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013) 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4000

Ausschussprotokoll 16/378 – öffentliche Anhörung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4000** unverändert **anzunehmen**.

11 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014) 39

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3802
Drucksache 16/4300 (Ergänzung)

Ausschussprotokoll 16/362 – öffentliche Anhörung

Vorlage 16/1394 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik)

Abschließende Beratung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 16/3802 und 16/4300** unverändert **anzunehmen**.

12 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Drucksache 16/4300 (Ergänzung)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2013 bis 2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/3801

Ausschussprotokoll 16/378 – öffentliche Anhörung

Vorlage 16/1200 – Neudruck (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2013 und 2014)

Vorlagen 16/1260 bis 16/1270, 16/1272 bis 16/1274, 16/1364 (Ergebnisse der Berichterstattung)

Vorlagen 16/1370 bis 16/1373, 16/1376, 16/1379 bis 16/1381, 16/1384 bis 16/1386, 16/1388, 16/1389, 16/1392, 16/1393 und 16/1457 (Berichte der Fachausschüsse und Unterausschüsse)

Abschließende Beratung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Allgemeine Aussprache 41

Abstimmungen über die Änderungsanträge 53

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 16/4400 [Neudruck] bis 16/4407, 16/4409, 16/4411 bis 16/4415, 16/4420 und 16/4470 – zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Haushaltsgesetz

57

Einzelplan 01: Landtag 59**Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** 60**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung** 62

Der **Antrag** der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum **Haushaltsausgleich** betreffend §§ 1 und 2 des Haushaltsgesetzes wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltungen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Schlussabstimmungen 63

Der Ausschuss **fasst** bei einer Gegenstimme von Dietmar Schulz (Piraten) mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder den auf Seite 6 des Ausschussberichts Drucksache 16/4400 [Neudruck] wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

Der HFA **empfiehlt** in der Gesamtabstimmung dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten, den **Haushaltsgesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 16/3800 und 16/4300** unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Abschließend **empfiehlt** der HFA dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und einem Abgeordneten der Piraten bei Nichtteilnahme des zweiten Abgeordneten der Piraten, die **Finanzplanung** 2013 bis 2017 **Drucksache 16/3801 zur Kenntnis zu nehmen**.

7 Übersichten über bestehende Bürgschaftsverpflichtungen des Landes 65

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1363
(vgl. vertrauliche Vorlage 16/33)

Fragen von Ralf Witzel (FDP) werden von StS Dr. Rüdiger Messal und MR Dr. Martin Küssner (FM) beantwortet.

8 Absichten der Landesregierung zur erneuten Erhöhung der Grunderwerbsteuer 67

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1410

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans beantwortet
Fragen aus dem Ausschuss.

9 Aktueller IWF-Vorstoß für eine 10%ige Enteignung von Privatvermögen: Unterstützung des nordrhein-westfälischen Finanzministers für eine Zwangsabgabe der Sparer 69

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 69
- Aussprache 70

13 Verschiedenes 71

14 Förderung des Betreibers des Atomkraftwerks THTR 300 in Hamm-Uentrop durch das Land 72

vgl. Antworten auf Kleine Anfragen
Drucksachen 16/4349 bis 16/4352

Dietmar Schulz (Piraten) stellt umfangreiche ergänzende Fragen, die zum Teil direkt vom Finanzministerium beantwortet werden und im Übrigen in vertraulicher Sitzung oder zu einem späteren Zeitpunkt von der Landesregierung beantwortet werden sollen.

Mit sechs Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen **stimmt** der Ausschuss dem Geschäftsordnungsantrag **zu, die Beratung zu schließen.**

6 Gesetz zur Neuordnung im Bereich der Schul- und Studienfonds

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3969

Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Christian Möbius weist darauf hin, das Finanzministerium habe, wie vom Staatssekretär in der Sitzung am 12. November avisiert, den Mitgliedern des Unterausschusses „Personal“ und des Haushalts- und Finanzausschusses eine Anlage zum Austausch der bisherigen Anlage zum Gesetzentwurf vorab zur Beratung überlassen.

Im Unterausschuss „Personal“ habe in der Sitzung am 19. November Kollege Witzel für die FDP-Fraktion für heute die Beantragung einer öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf angekündigt. Daher habe der Unterausschuss „Personal“ auf die Abgabe eines Votums verzichtet. Die Koalitionsfraktionen hätten einen Antrag auf Begrenzung dieser nach der Geschäftsordnung durchzuführenden Anhörung avisiert.

Zu der nunmehr beantragten Anhörung schlage er vor, sie als öffentliche Anhörung mit maximal fünf Sachverständigen am 16. Dezember durchzuführen und die Auswertung unmittelbar im Anschluss an die Anhörung vorzunehmen, damit das Votum dieses Ausschusses zum Plenum in der Woche vor Weihnachten vorliege.

Auf Äußerungen aus der **SPD-Fraktion**, ob die Anhörung nicht schon am 3. Dezember durchgeführt werden könne, räumt **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** ein, natürlich könnte mit Mehrheit auch die übliche Vier-Wochen-Frist beliebig verkürzt werden, was aber in der Sache nicht angemessen erscheine, weil sich die Experten dann nicht ordnungsgemäß vorbereiten könnten. Auf der anderen Seite bestehe aber kein Interesse daran, das Verfahren unnötig in die Länge zu ziehen. Deshalb unterstütze er den Terminvorschlag des Vorsitzenden und spreche sich ebenfalls dafür aus, direkt nach der Anhörung die Auswertung vorzunehmen.

Martin Börschel (SPD) äußert den Wunsch, vorher abzusprechen, wenn abweichend von vorherigen Absprachen andere Termine erwogen würden.

Vorsitzender Christian Möbius räumt ein, dass diese Terminüberlegung sehr kurzfristig angestellt worden sei. Aber der ursprünglich vorgesehene Anhörungstermin 3. Dezember habe auch in Bezug auf die zu benennenden Sachverständigen einen sehr engen Zeitrahmen dargestellt.

Dem vorgeschlagenen Sitzungstermin 16. Dezember sei nicht widersprochen worden. Direkt nach der Anhörung werde die Auswertung stattfinden.

Martin Börschel (SPD) betont, man wolle sich dem etwas überraschenden Terminvorschlag nicht entgegenstellen. Allerdings müsse intern die Anwesenheit in dieser

Sitzung geklärt werden. Um das Verfahren sicherzustellen, schlage er die Verabredung vor, nach Fraktionsstärke abzustimmen. – **Vorsitzender Christian Möbius** sieht darin kein Problem und stellt fest, dass sich im Ausschuss kein Widerspruch dagegen erhebt.

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Gesetzesentwurf am **16. Dezember, 12:00 Uhr**, eine **öffentliche Anhörung** durchzuführen und dafür die **Anzahl der Sachverständigen auf fünf zu begrenzen**. Anschließend sollen die Auswertung und die abschließende Beratung erfolgen, wobei die Abstimmung nach Fraktionsstärke erfolgt.